

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Auswirkungen der Einführung des Postmindestlohns

Befragung von Unternehmen der Branche
Briefdienstleistungen

Forschungsvorhaben des Bundesministeriums
für Wirtschaft und Technologie

Endbericht



Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Vorstand:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. (Präsident),

Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat:

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Dr. Dietmar Kuhnt, Dr. Henning Osthues-Albrecht, Reinhold Schulte
(stellv. Vorsitzende);

Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Manfred Breuer, Dr. Hans Georg Fabritius,

Prof. Dr. Harald B. Giesel, Dr. Thomas Köster, Dr. Wilhelm Koll, Dr. Thomas A.

Lange, Tillmann Neinhaus, Dr. Torsten Schmidt, Dr. Gerd Willamowski

Forschungsbeirat:

Prof. Michael C. Burda, Ph.D., Prof. David Card, Ph.D., Prof. Dr. Clemens Fuest,

Prof. Dr. Justus Haucap, Prof. Dr. Walter Krämer, Prof. Dr. Michael Lechner,

Prof. Dr. Till Requate, Prof. Nina Smith, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI Essen

Heinrich Frommknecht, Prof. Dr. Paul Klemmer †

RWI : Projektberichte

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung,

Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen

Tel. 0201/81 49-0, Fax 0201/81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2008

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Auswirkungen der Einführung des Postmindestlohns

Befragung von Unternehmen der Branche Briefdienstleistungen

Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und
Technologie

Endbericht – März 2008

Projektteam: Dr. Ronald Bachmann und Dr. Jochen Kluge (Projektleiter)

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Auswirkungen der Einführung des Postmindestlohns

Befragung von Unternehmen der Branche
Briefdienstleistungen

Forschungsvorhaben des Bundesministeriums
für Wirtschaft und Technologie

Endbericht – März 2008

Projektteam: Dr. Ronald Bachmann und Dr. Jochen Kluge (Projektleiter)

Das Projektteam dankt Claudia Schmiedchen für die Unterstützung der
Arbeiten.



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Tabellenverzeichnis..... | 4 |
| Abbildungsverzeichnis..... | 5 |
| Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse..... | 6 |
| 1. Hintergrund und Problemstellung..... | 8 |
| 2. Befragungsdesign und Zusammensetzung der Stichprobe..... | 9 |
| 3. Befragungsergebnisse..... | 11 |
| 4. Einschätzung der Ergebnisse..... | 23 |

Tabellenverzeichnis

| | | |
|------------|--|----|
| Tabelle 1 | Geschäftsfelder der Unternehmen | 10 |
| Tabelle 2 | Regionale Reichweite der Unternehmensaktivitäten | 10 |
| Tabelle 3 | Jahresumsätze der Unternehmen | 11 |
| Tabelle 4 | Einflussfaktoren der Preisgestaltung | 12 |
| Tabelle 5 | Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens | 13 |
| Tabelle 6 | Entwicklung des Personalbestands während der letzten 12 Monate | 14 |
| Tabelle 7 | Beschäftigungsstruktur der Unternehmen | 14 |
| Tabelle 8 | Anteil der Befürworter der Einführung des Mindestlohns im Januar 2008 (in Prozent) | 16 |
| Tabelle 9 | Auswirkung des Mindestlohns auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen unmittelbar und langfristig | 17 |
| Tabelle 10 | Auswirkung des Mindestlohns auf Kooperationspartner | 18 |
| Tabelle 11 | Reaktionen der Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns, unmittelbar und langfristig | 19 |
| Tabelle 12 | Voraussichtliche Veränderung der Beschäftigungsstruktur aufgrund der Einführung des Mindestlohns | 21 |
| Tabelle 13 | Veränderungen im Personalbestand der Unternehmen, unmittelbar und langfristig | 21 |
| Tabelle 14 | Stellenschaffung und –abbau durch die Einführung des Mindestlohns, unmittelbar und langfristig | 22 |

Abbildungsverzeichnis

| | | |
|--------------|---|----|
| Abbildung 1 | Anzahl der Gründungen 1972-2007 | 9 |
| Abbildung 2 | Einflussfaktoren der Preisgestaltung | 12 |
| Abbildung 3 | Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens | 13 |
| Abbildung 4 | Anteil der Befürworter der Einführung des Mindestlohns im Januar 2008 in Prozent | 16 |
| Abbildung 5 | Unmittelbare Auswirkungen des Mindestlohns auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen | 17 |
| Abbildung 6 | Langfristige Auswirkungen des Mindestlohns auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen | 18 |
| Abbildung 7 | Unmittelbare Reaktionen der Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns | 20 |
| Abbildung 8 | Langfristige Reaktionen der Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns | 20 |
| Abbildung 9 | Unmittelbare Veränderungen im Personalbestand der Unternehmen | 21 |
| Abbildung 10 | Langfristige Veränderungen im Personalbestand der Unternehmen | 22 |

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI Essen) hat im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Februar 2008 eine Umfrage unter Betrieben des Bereichs Briefdienstleistungen durchgeführt. Ziel der Befragung war es, die kurzfristig bereits eingetretenen sowie langfristig erwarteten Auswirkungen der zum 01. Januar 2008 in Kraft getretenen Neuregelung zum Mindestlohn in diesem Bereich zu untersuchen.

Befragt wurden 113 Unternehmen im Bereich Briefdienstleistungen. 86 der befragten Unternehmen (76 Prozent) befinden sich in Westdeutschland, 27 in Ostdeutschland (24 Prozent). In diesen Unternehmen sind nach Angaben der Befragten aktuell beschäftigt:

| | |
|-----------------------------|------|
| - Vollzeitkräfte: | 3723 |
| - Teilzeitkräfte: | 5112 |
| - Geringfügig Beschäftigte: | 6409 |
| - Auszubildende: | 116 |

Damit ist die Gruppe der Vollzeitbeschäftigten in dieser Branche kleiner als jene der in Teilzeit und Geringfügig Beschäftigten. Diese Struktur ist in Ostdeutschland ausgeprägter als in Westdeutschland. Die befragten Unternehmen setzen sich gemäß ihrer Angaben zu Umsatzzahlen und Gründungsjahr hauptsächlich aus kleinen und mittelständischen Betrieben zusammen, die erst seit wenigen Jahren am Markt für Briefdienstleistungen tätig sind.

Im Folgenden zusammenfassend die wichtigsten Ergebnisse der Befragung:

- 38 Prozent der Unternehmen geben an, mit Erfüllungsgehilfen zu arbeiten. Bei jenen 31 Unternehmen, die zur Anzahl der Erfüllungsgehilfen Angaben machten, sind dies insgesamt 2111 Erfüllungsgehilfen.
- 20 Prozent der Unternehmen schätzen ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als „gut“ ein, 47 Prozent als „befriedigend“, 33 Prozent als „schlecht“.
- Immerhin 56 Prozent der Unternehmen geben an, dass sich ihr Personalbestand in den letzten 12 Monaten positiv entwickelt hat, d.h. die Branche scheint prinzipiell im vergangenen Jahr eine positive Entwicklung genommen zu haben.

- 83 Prozent der Unternehmen haben die Einführung des Mindestlohns im Bereich Briefdienstleistungen nicht befürwortet.
- 70 Prozent der Unternehmen geben an, dass ihre aktuelle wirtschaftliche Situation durch diese Regelung „etwas schlechter“ oder „viel schlechter“ geworden ist. 65 Prozent rechnen auch langfristig durch den Mindestlohn mit einer „etwas schlechteren“ oder „viel schlechteren“ wirtschaftlichen Situation.
- 84 Prozent der Unternehmen arbeiten mit Kooperationspartnern zusammen. 74 Prozent dieser Unternehmen schätzen, dass die wirtschaftliche Lage ihrer Kooperationspartner durch den Mindestlohn „etwas schlechter“ oder „viel schlechter“ geworden ist.
- 30 Prozent der befragten Unternehmen geben an, dass sie bereits im Zeitraum seit Einführung des Mindestlohns Stellen abgebaut haben. In der Summe handelt es sich um 755 Stellen, was 5 Prozent der oben angegebenen aktuellen Gesamtbeschäftigung in diesen Unternehmen entspricht.
- 53 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie langfristig (in den nächsten 12 Monaten) mit Stellenabbau rechnen. Hierbei würde es sich nach ihren Angaben um insgesamt 1771 voraussichtlich abzubauen Stellen handeln, was 11,6 Prozent der Gesamtbeschäftigung entspräche.

Die letztgenannten Auswirkungen des Beschäftigungsabbaus sind vermutlich ein wesentlicher Teil der Veränderung des Beschäftigtenmix, mit dem die Unternehmen nach eigenen Angaben auf den Mindestlohn bereits reagiert haben bzw. noch reagieren werden. Die Vollzeitkräfte in den befragten Betrieben wären davon überproportional stark betroffen; und dies in einer Branche, in der Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung bereits gegenwärtig einen Großteil der Beschäftigung stellen.

Auch wenn man in Betracht zieht, dass den befragten Unternehmen angesichts der Tatsache, dass sie zu über 80 Prozent die Einführung dieses Mindestlohns abgelehnt haben, eine Tendenz zur negativen Überzeichnung ihrer wirtschaftlichen Lage unterstellt werden könnte, zeichnet sich anhand der Befragung ein relativ kohärentes Bild der negativen Auswirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigung in dieser Branche. Unter der Annahme, dass die befragten Betriebe korrekte Angaben zu ihrer Personalentwicklung gemacht haben, zeigt sich eine zunächst tendenziell positive Entwicklung der Branche in den vergangenen 12 Monaten, die unmittelbar durch die Neuregelung substantielle Einbußen in der Beschäftigung verzeichnet, welche sich langfristig noch deutlich zu verstärken drohen.

1. Hintergrund und Problemstellung

Der Deutsche Bundestag hat am 14.12.2007 die Aufnahme von Briefzustelldiensten in das Arbeitnehmerentsendegesetz beschlossen und der Bundesrat in seiner Sitzung am 20.12.2007 dieser Regelung zugestimmt. Nach dem Erlass der entsprechenden Rechtsverordnung und dem Inkrafttreten der Neuregelung am 01. Januar 2008 ist zu erwarten, dass auch im Frühjahr 2008 die wirtschaftspolitische Debatte über weitere branchenspezifische Mindestlöhne oder einen flächendeckenden Mindestlohn mit anhaltend hoher Intensität weitergeführt werden wird.

Die Aufnahme von Briefzustelldiensten in das Arbeitnehmerentsendegesetz bedeutet konkret die Einführung eines Mindestlohns für Betriebe, die überwiegend gewerbs- oder geschäftsmäßig Briefe für Dritte befördern. Dieser Mindestlohn beträgt in Westdeutschland 9,80 Euro (im Osten: 9,00 Euro) pro Stunde für Beschäftigte, die Briefe zustellen, und 8,40 Euro (im Osten 8,00 Euro) pro Stunde für andere in diesen Betrieben Beschäftigte (z.B. Sortierer).

Wesentliches Element der Debatte zur Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland ist die Frage, welche Auswirkungen derartige Mindestlohnregelungen auf den Arbeitsmarkt und insbesondere die Beschäftigung haben werden. Eine wirtschaftswissenschaftliche Studie zu diesem Thema, die sowohl bezüglich der Datenbasis als auch bezüglich der Methodik überzeugt, gibt es bislang nicht. Es ist daher für die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte von großem Interesse, bereits erste Informationen zu den unmittelbaren Auswirkungen der im Dezember 2007 beschlossenen und am 01. Januar 2008 in Kraft getretenen Regelung zum Mindestlohn im Bereich Briefdienstleistungen zu erhalten.

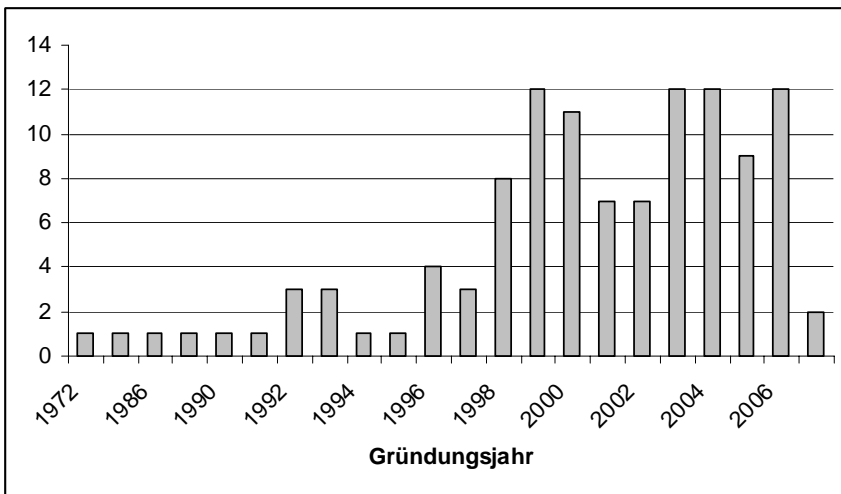
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat daher im Februar 2008 das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI Essen) beauftragt, anhand einer Befragung von Unternehmen im Bereich Briefdienstleistungen die kurzfristig eingetretenen sowie langfristig erwarteten Wirkungen der Neuregelung zu untersuchen. Die Unternehmen sollten daher insbesondere nach den bisher bereits tatsächlich eingetretenen Auswirkungen des Post-Mindestlohns befragt werden, sowie danach, wie sich aufgrund dieses Mindestlohns ihre Wettbewerbssituation verändert hat und sie ihre weitere geschäftliche Entwicklung beurteilen. Der vorliegende Bericht enthält die Auswertung dieser Befragung.

2. Befragungsdesign und Zusammensetzung der Stichprobe

Zur Einschätzung der unmittelbaren Auswirkungen des Postmindestlohns wurde über einen zweieinhalbwöchigen Zeitraum im Februar 2008 eine Befragung unter Betrieben der Branche Briefdienstleistungen vorgenommen. Die Befragung wurde telefonisch vom Institut forsa durchgeführt (for- sa Erhebung Nr. 8345). Der Fragebogen für die Erhebung wurde vom RWI Essen gemeinsam mit forsa in Abstimmung mit dem Auftraggeber entwickelt.

Die Bruttostichprobe der Befragung umfasste 315 Unternehmen des Bereichs Briefdienstleistungen, zu denen das RWI Essen die Telefonnummern der Zentrale recherchieren konnte. Zielpersonen der Befragung waren Führungskräfte der jeweiligen Unternehmen, die Angaben zu wirtschaftlicher Situation und Beschäftigungsentwicklung machen können (Geschäftsführer, Filialleiter, Personalentscheider, etc.). Die realisierte Nettostichprobe umfasst 113 Unternehmen, für die ein vollständiges Interview durchgeführt werden könnten. Dies entspricht mit 35,9 Prozent einer angesichts des sehr eng gefassten Befragungszeitraums einer eher hohen Rücklaufquote.

Abbildung 1
Anzahl der Gründungen 1972-2007



Die Größe der Stichprobe ist somit sehr zufriedenstellend und weist darüber hinaus eine gute Verteilung über das Bundesgebiet auf: 13 der 16 Bundesländer sind vertreten (alle außer Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz), und die Verteilung der Beobachtungen entspricht in etwa den entsprechenden Bevölkerungsanteilen. 86 der befragten Unternehmen befinden sich in Westdeutschland (76,1 Prozent) und 27 in Ostdeutschland (23,9 Prozent).

Die Mehrzahl der befragten Unternehmen hat ihre Tätigkeit im Jahr 1998 oder später aufgenommen (vgl. Abbildung 1), eine Tatsache, die den Zeitraum seit Liberalisierung des Marktes für Briefdienstleistungen widerspiegelt.

Wie Tabelle 1 zeigt, sind 92 Prozent der befragten Betriebe im Geschäftsfeld „Briefe“ tätig (zum Teil ausschließlich, zum Teil zusätzlich auch in den Feldern „Paket“ und/oder „Kurier“), während nur 8 Prozent ausschließlich „Paket-“ oder „Kurier“-Dienste oder eine Kombination aus beidem anbieten.

Tabelle 1

Geschäftsfelder der Unternehmen

| Geschäftsfeld | Anzahl | Prozent^a |
|----------------------|---------------|----------------------------|
| nur Brief | 42 | 37,2 |
| nur Paket | 1 | 0,9 |
| nur Kurier | 6 | 5,3 |
| Brief und Paket | 19 | 16,8 |
| Brief und Kurier | 16 | 14,2 |
| Paket und Kurier | 2 | 1,8 |
| Brief, Paket, Kurier | 27 | 23,9 |
| Gesamt | 113 | 100,0 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345. – Aufgrund der Rundung auf eine Nachkommastelle ergibt die Aufsummierung der genannten Prozentsätze nicht notwendigerweise exakt 100%.

61 Prozent der befragten Unternehmen erbringen ihre Dienstleistungen in einem Gebiet mit einem Umkreis von bis zu 100 Kilometern (Tabelle 2). Nur etwa 12 Prozent der Betriebe sind bundesweit tätig, und 9 Prozent erbringen ihre Dienstleistungen auch über das Bundesgebiet hinaus.

Tabelle 2

Regionale Reichweite der Unternehmensaktivitäten

| Gebietsgröße | Anzahl | Prozent |
|--------------------------------------|---------------|----------------|
| bis zu 10 km | 7 | 6,2 |
| bis zu 100 km | 62 | 54,9 |
| größer 100 km, aber nicht bundesweit | 21 | 18,6 |
| bundesweit | 13 | 11,5 |
| über das Bundesgebiet hinaus | 10 | 8,8 |
| Gesamt | 113 | 100,0 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Die Unternehmen wurden auch gebeten, eine ungefähre Schätzung ihres Jahresumsatzes für das Jahr 2007 zu geben. Wie Tabelle 3 zeigt ist die Streuung der Jahresumsätze relativ groß und unsere Stichprobe umfasst eine große Bandbreite an Umsatzkategorien. Ungefähr 37 Prozent der befragten Betriebe geben an, in einer Umsatzkategorie bis zu 500.000 Euro im Jahr zu liegen. 42 Prozent befinden sich im Bereich zwischen 500.000 Euro und 10 Millionen Euro pro Jahr, und 6 Prozent setzen mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr um. 14 Prozent konnten oder wollten hierzu keine Angabe machen.

Tabelle 3

Jahresumsätze der Unternehmen

| Jahresumsatz | Anzahl | Prozent |
|-------------------------------------|---------------|----------------|
| unter 10.000 Euro | 3 | 2,7 |
| 10.000 bis unter 25.000 Euro | 3 | 2,7 |
| 50.000 bis unter 125.000 Euro | 11 | 9,7 |
| 125.000 Euro bis unter 250.000 Euro | 10 | 8,8 |
| 250.000 Euro bis unter 500.000 Euro | 15 | 13,3 |
| 500.000 bis unter 1 Mill. Euro | 16 | 14,2 |
| 1 Mill. bis unter 2,5 Mill. Euro | 15 | 13,3 |
| 2,5 Mill. bis unter 10 Mill. Euro | 17 | 15,0 |
| 10 Mill. Euro oder mehr | 7 | 6,2 |
| unbekannt | 6 | 5,3 |
| keine Angaben | 10 | 8,8 |
| Gesamt | 113 | 100,0 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Insgesamt deckt die Stichprobe damit eher kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich Briefdienstleistungen ab. Was die Unternehmen aber eint, ist der hohe Anteil der Personalkosten an ihren Gesamtkosten. Im Durchschnitt geben die befragten Betriebe an, dass die Personalkosten 57 Prozent ihrer Gesamtkosten ausmachen. Für 76 Prozent der Firmen liegt dieser Anteil über 50 Prozent, was die Vermutung nahe legt, dass die Einführung eines Mindestlohns ein wesentlicher (Kosten-) Faktor für diese Unternehmen sein könnte.

3. Befragungsergebnisse

In die Preisgestaltung der befragten Unternehmen gehen die oben angesprochenen Arbeitskosten auch zu einem wesentlichen Teil ein. Wie Tabelle 4 und Abbildung 2 darstellen sind die Arbeitskosten für 49 Prozent der Betriebe einer der Faktoren oder der alleinige Faktor, der die Preisgestaltung

bestimmt. Übertroffen wird dies allerdings durch die Preise der Konkurrenz, die für 66 Prozent der Unternehmen eine Rolle spielen. Die Nachfrage durch Kunden hat mit 30 Prozent nur eine nachgeordnete Bedeutung. Die Bedeutsamkeit der Konkurrenzpreise für die eigene Preisgestaltung beeinflusst hierbei auch die möglichen Anpassungsreaktionen auf eine Erhöhung der Personalkosten durch den Mindestlohn (vgl. Tabelle 11 unten).

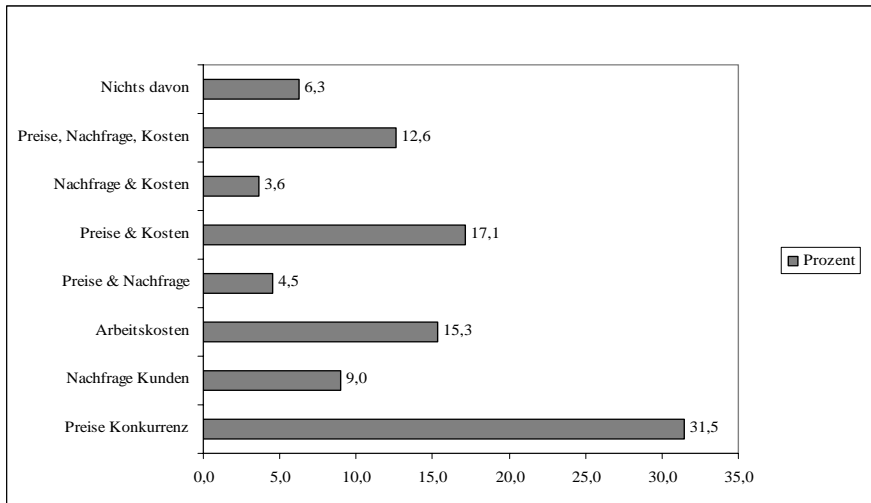
Tabelle 4

Einflussfaktoren der Preisgestaltung

| Faktoren | Anzahl | Prozent |
|---------------------------|---------------|----------------|
| Preise Konkurrenz | 35 | 31,5 |
| Nachfrage Kunden | 10 | 9,0 |
| Arbeitskosten | 17 | 15,3 |
| Preise & Nachfrage | 5 | 4,5 |
| Preise & Kosten | 19 | 17,2 |
| Nachfrage & Kosten | 4 | 3,6 |
| Preise, Nachfrage, Kosten | 14 | 12,6 |
| Nichts davon | 7 | 6,3 |
| Gesamt | 111 | 100,0 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Abbildung 2

Einflussfaktoren der Preisgestaltung

Nach der Einschätzung ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage befragt, sagt ein knappes Drittel unserer Stichprobe, dass diese „schlecht“ sei (Tabelle 5 und Abbildung 3). Die knappe Hälfte sieht sich in einer „befriedigenden“ wirtschaftlichen Situation, nur etwa 20 Prozent sagen, ihre Lage sei „gut“.

Tabelle 5

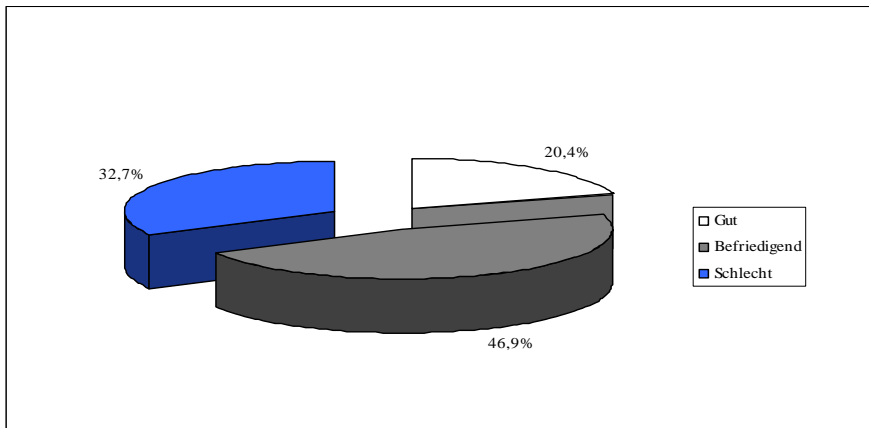
Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens

| | Gesamt | | West | | Ost | |
|--------------|--------|---------|--------|---------|--------|---------|
| | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent |
| Gut | 23 | 20,4 | 19 | 22,1 | 4 | 14,8 |
| Befriedigend | 53 | 46,9 | 36 | 41,9 | 17 | 63,0 |
| Schlecht | 37 | 32,7 | 31 | 36,0 | 6 | 22,2 |
| Gesamt | 113 | 100,0 | 86 | 100,0 | 27 | 100,0 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Die ostdeutschen Unternehmen in der Befragung neigen deutlich zu einer indifferenten Einschätzung (63 Prozent) bei weniger negativen Aussagen (22 Prozent), während sich die westdeutschen Unternehmen geringfügig häufiger in einer „guten“ Situation sehen (22 Prozent), aber auch häufiger in einer „schlechten“ (36 Prozent).

Abbildung 3

Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens

Diese Beschreibung der aktuellen wirtschaftlichen Situation spiegelt nicht eine generell positive Entwicklung des Personalbestandes wider, wie sie die Unternehmen in Tabelle 6 für die vergangenen 12 Monate reportieren. Insgesamt geben knapp 56 Prozent der Unternehmen an, heute mehr Personal zu beschäftigen als vor einem Jahr. Diese positive Entwicklung des Bereichs

Briefdienstleistungen scheint in Westdeutschland (62 Prozent der Unternehmen mit gestiegenem Personalbestand) stärker gewesen zu sein als in Ostdeutschland (37 Prozent). Von den insgesamt 19 Betrieben (17 Prozent) mit Rückgang im Personalbestand sind daher auch nur 8 im Westen, und 11 im Osten.

Tabelle 6

Entwicklung des Personalbestands während der letzten 12 Monate

| | Gesamt | | West | | Ost | |
|-------------------|--------|---------|--------|---------|--------|---------|
| | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent |
| Zunahme | 63 | 55,8 | 53 | 61,6 | 10 | 37,0 |
| Keine Veränderung | 31 | 27,4 | 25 | 29,1 | 6 | 22,2 |
| Abnahme | 19 | 16,8 | 8 | 9,3 | 11 | 40,7 |
| Gesamt | 113 | 100,0 | 86 | 100,0 | 27 | 100,0 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Tabelle 7 stellt die Beschäftigungsverteilung in den befragten Unternehmen dar. Hierbei wurde unterschieden zwischen Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten sowie Auszubildenden. Tabelle gibt hierzu für jede Beschäftigtengruppe in absoluten Zahlen den Durchschnittswert, die kleinste und größte gemachte Angabe sowie die Summe der Beschäftigten an. Insgesamt sind in den befragten Betrieben 3723 Vollzeitkräfte, 5112 Teilzeitkräfte und 6409 geringfügig Beschäftigte tätig.¹ Es ist bemerkenswert, dass die Gruppe der Vollzeitkräfte somit mit einem Durchschnitt von 34 Beschäftigten pro Betrieb die kleinste dieser drei Gruppen ist. Auch die Teilzeitkräfte liegen mit durchschnittlich 47 Beschäftigten pro Betrieb unter dem Durchschnitt von 60 geringfügig.

Tabelle 7

Beschäftigungsstruktur der Unternehmen

| | Vollzeit | Teilzeit | Geringfügig | Azubis |
|---------------------------|----------|----------|-------------|--------|
| Gesamtdeutschland | | | | |
| Durchschnitt | 34 | 47 | 60 | 1 |
| Min | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Max | 300 | 1500 | 1500 | 13 |
| Summe | 3723 | 5112 | 6409 | 116 |
| (Antwortende Unternehmen) | (109) | (108) | (106) | (109) |

¹ Die Daten zu den drei genannten Beschäftigtengruppen sind um jeweils einen unplausiblen Höchstwert bereinigt.

(Tabelle 7 Forts.)

| | Vollzeit | Teilzeit | Geringfügig | Azubis |
|---------------------------|-----------------|-----------------|--------------------|---------------|
| West | | | | |
| Durchschnitt | 36 | 37 | 43 | 1 |
| Min | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Max | 300 | 1000 | 450 | 13 |
| Summe | 2960 | 3065 | 3448 | 104 |
| (Antwortende Unternehmen) | (83) | (82) | (81) | (83) |
| Ost | | | | |
| Durchschnitt | 29 | 78 | 118 | 0,5 |
| Min | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Max | 125 | 1500 | 1500 | 3 |
| Summe | 763 | 2047 | 2961 | 12 |
| (Antwortende Unternehmen) | (26) | (26) | (25) | (26) |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Diese Struktur unserer Stichprobe entspricht auch den Resultaten der jüngsten Erhebung der Bundesnetzagentur unter den insgesamt 1509 Lizenznehmern im Bereich Briefdienstleistungen in Deutschland.² Wie Tabelle 7 auch zeigt, ist diese Beschäftigungsstruktur in Ostdeutschland deutlich ausgeprägter als in Westdeutschland. Im Osten stellen die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit durchschnittlich 78 bzw. 118 Beschäftigten pro Betrieb den Großteil des Personals, während Vollzeitkräfte einen verhältnismäßig kleinen Anteil einnehmen (29 Beschäftigte im Durchschnitt). Im Westen dagegen sind die Gruppenanteile mit durchschnittlich 36 Vollzeit-, 37 Teilzeit- und 43 geringfügig Beschäftigten nahezu gleichverteilt. Auszubildende sind in den befragten Unternehmen der Branche Briefdienstleistungen selten, mit durchschnittlich einem Auszubildenden pro Betrieb im Westen und 0,5 im Osten.

Darüber hinaus geben 38 Prozent der Unternehmen an, mit Erfüllungsgehilfen wie Taxifahrern oder Zeitungsausträgern zu arbeiten. 31 dieser Unternehmen beschäftigen nach eigenen Angaben insgesamt 2111 Erfüllungsgehilfen. Dies entspricht einem Durchschnitt von 68 Erfüllungsgehilfen pro Betrieb, der solche Erfüllungsgehilfen nutzt.

² Vgl. Bundesnetzagentur (2008), „Arbeitsbedingungen im lizenzierten Bereich – Endergebnis der Auskunftsanordnung gemäß § 45 PostG vom 22. Juni 2007“, Bonn, erscheint in Kürze.

Tabelle 8

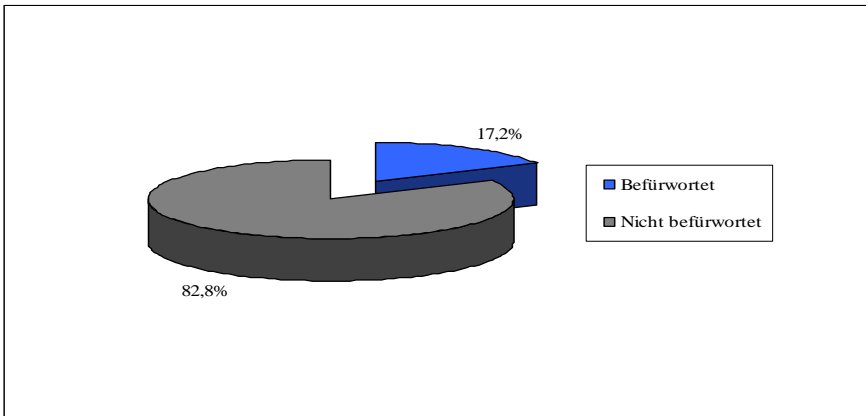
Anteil der Befürworter der Einführung des Mindestlohns im Januar 2008 (in Prozent)

| | Gesamt | West | Ost |
|--------------------------|---------------|-------------|------------|
| | Prozent | Prozent | Prozent |
| Befürworter | 17,2 | 20,2 | 11,1 |
| Keine Befürworter | 82,8 | 79,8 | 88,9 |
| Gesamt | 111 | 84 | 27 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Der Fokus der vorliegenden Befragung von Betrieben der Branche Briefdienstleistungen lag auf den unmittelbaren Auswirkungen der Einführung eines Mindestlohns in dieser Branche für diese Unternehmen. Hierzu zeigen Tabelle 8 und Abbildung 4 zunächst, dass die deutliche Mehrheit der befragten Betriebe die Neuregelung nicht befürwortet hat. Im Westen sind dies knapp 80 Prozent, im Osten 89 Prozent, und bundesweit 83 Prozent der Betriebe.

Abbildung 4

Anteil der Befürworter der Einführung des Mindestlohns im Januar 2008 in Prozent)

Wir haben die Unternehmen dazu befragt, wie sich Ihrer Einschätzung nach die Einführung des Mindestlohns auf ihre wirtschaftliche Lage auswirkt, und sie dabei gebeten, zwischen einer unmittelbaren Perspektive – also jener Wirkung, die bereits jetzt eineinhalb Monate nach Inkrafttreten der Neuregelung eingetreten ist – und einer langfristigen Perspektive über die kommenden 12 Monate zu unterscheiden. Tabelle 9 sowie die Abbildungen 5 und 6 veranschaulichen die Ergebnisse.

Tabelle 9

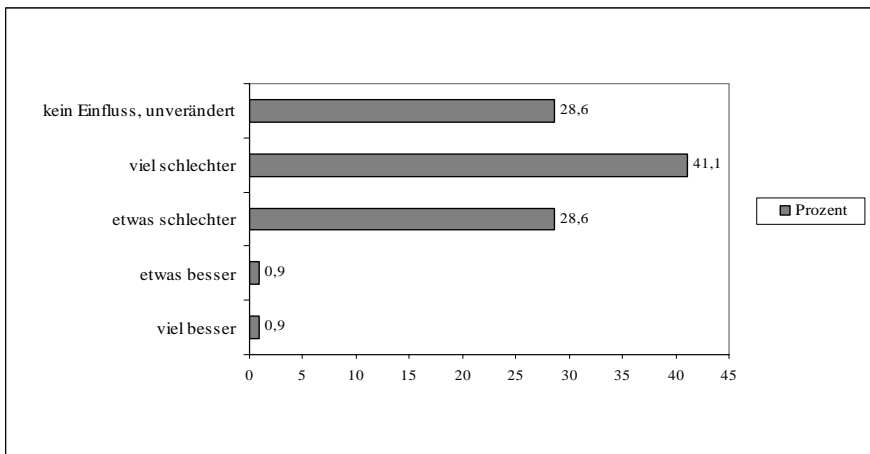
Auswirkung des Mindestlohns auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen unmittelbar und langfristig

| | Unmittelbar | | Langfristig | |
|----------------------------|-------------|---------|-------------|---------|
| | Absolut | Prozent | Absolut | Prozent |
| viel besser | 1 | 0,9 | 2 | 1,8 |
| etwas besser | 1 | 0,9 | 10 | 9,2 |
| etwas schlechter | 32 | 28,6 | 19 | 17,4 |
| viel schlechter | 46 | 41,1 | 52 | 47,7 |
| kein Einfluss, unverändert | 32 | 28,6 | 26 | 23,9 |
| Gesamt | 112 | 100,0 | 109 | 100,0 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Eineinhalb Monate nach Einführung des Mindestlohns sagen weniger als 2 Prozent der Unternehmen, dass ihre wirtschaftliche Situation dadurch „etwas besser“ oder „viel besser“ geworden ist (Tabelle 9). Demgegenüber berichten insgesamt 69 Prozent von einer „etwas schlechteren“ (28 Prozent) oder „viel schlechteren“ (41 Prozent) wirtschaftlichen Lage, während 28 Prozent keinen Einfluss feststellen können.

Abbildung 5

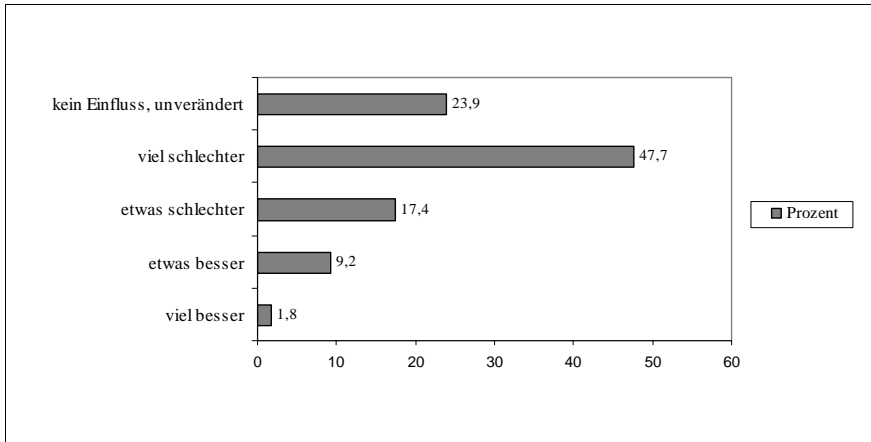
Unmittelbare Auswirkungen des Mindestlohns auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen

Die langfristige Einschätzung der Unternehmen stellt sich sehr ähnlich dar. Zwar rechnen 11 Prozent der befragten Betriebe durch den Mindestlohn mit einer „etwas besseren“ oder „viel besseren“ wirtschaftlichen Situation über die kommenden 12 Monate, andererseits sehen 65 Prozent eine Entwicklung zu einer „etwas schlechteren“ oder „viel schlechteren“ Situation

voraus, wobei letztgenannte Gruppe mit 47,7 Prozent fast die Hälfte der Betriebe umfasst. 24 Prozent der Unternehmen sehen langfristig keine Veränderung ihrer wirtschaftlichen Lage durch den Mindestlohn.

Abbildung 6

Langfristige Auswirkungen des Mindestlohns auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen



95 der 113 befragten Betriebe – d.h. 84 Prozent – arbeiten mit Kooperationspartnern der Branche Briefdienstleistungen zusammen. Hiermit sind andere private Anbieter außer der Deutschen Post AG gemeint. Wie Tabelle 10 zeigt, berichten von diesen 95 Unternehmen 74 Prozent, dass sich ihrer Einschätzung nach die wirtschaftliche Lage ihrer Kooperationspartner durch die Einführung des Mindestlohns „etwas“ oder „viel“ verschlechtert hat, wobei die letztgenannte Kategorie mit 57 Prozent sogar deutlich mehr als die Hälfte umfasst. Nur 2 Prozent berichten von einer leichten Verbesserung; 11 Prozent können keine Veränderung der Lage ihrer Kooperationspartner feststellen.

Tabelle 10

Auswirkung des Mindestlohns auf Kooperationspartner

| Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Kooperationspartners | Anzahl | Prozent |
|---|--------|---------|
| etwas besser | 2 | 2,1 |
| etwas schlechter | 16 | 16,8 |
| viel schlechter | 54 | 56,8 |
| kein Einfluss, unverändert | 10 | 10,5 |
| weiß nicht | 13 | 13,7 |
| Gesamt | 95 | 100,0 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Tabelle 11 stellt dar, mit welchen Maßnahmen die Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns reagiert haben bzw. reagieren werden. Die Tabelle unterscheidet wiederum zwischen einer unmittelbaren und einer langfristigen Perspektive. Unmittelbar auf die Neuregelung reagiert haben die Unternehmen insbesondere mit einer Steigerung der Produktivität (35 Prozent) und einer Reduktion der Investitionen (51 Prozent). Auch die Anpassung des Beschäftigtenmix (32 Prozent) und die Veränderung des Vergütungssystems (28 Prozent) stellen für einen nennenswerten Teil der Unternehmen eine unmittelbare Reaktion auf den Mindestlohn dar.

Tabelle 11

Reaktionen der Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns, unmittelbar und langfristig

| | Kurzfristig | | Langfristig | |
|-------------------------------------|-------------|---------|-------------|---------|
| | Absolut | Prozent | Absolut | Prozent |
| Erhöhung der Preise | 15 | 13,3 | 41 | 36,3 |
| Steigerung der Produktivität | 40 | 35,4 | 56 | 49,6 |
| Anpassung Beschäftigtenmix | 36 | 31,9 | 61 | 54,0 |
| Geringere Investitionen | 58 | 51,3 | 63 | 55,8 |
| Veränderung der Kooperationspartner | 27 | 23,9 | 35 | 31,0 |
| Veränderung des Vergütungssystems | 32 | 28,3 | 45 | 39,8 |
| Gesamt | 113 | | 113 | |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345. Mehrfachnennungen möglich.

In der langfristigen Perspektive rechnet eine größere Zahl an Unternehmen mit Anpassungsreaktionen. Neben der geringeren Investitionstätigkeit (56 Prozent) und der Steigerung der Produktivität (50 Prozent) ist insbesondere die Anpassung des Beschäftigtenmix (54 Prozent) zu nennen. Auch mit Preiserhöhungen (36 Prozent) und Veränderungen des Vergütungssystems (40 Prozent) rechnen die Unternehmen über die kommenden 12 Monate. Abbildungen 7 und 8 stellen diese Ergebnisse graphisch dar.

Interessant ist die Tatsache, dass für die Unternehmen die kurzfristige Erhöhung der Preise keine geeignete Anpassungsmaßnahme zu sein scheint und dass diese Möglichkeit auch in der langfristigen Perspektive hinter andere Anpassungsreaktionen zurücktritt. Gleichzeitig haben die Ergebnisse in Tabelle 4 oben aber gezeigt, dass die Unternehmen sich in ihrer Preisgestaltung insbesondere an den Preisen der Konkurrenten orientieren. Dies deutet darauf hin, dass die befragten Betriebe wenig Spielraum haben, ihre Preise zu erhöhen. Somit kann eine durch den Mindestlohn hervorgerufene Erhöhung der Personalkosten nur in geringem Umfang an die Kunden weitergegeben werden.

Abbildung 7

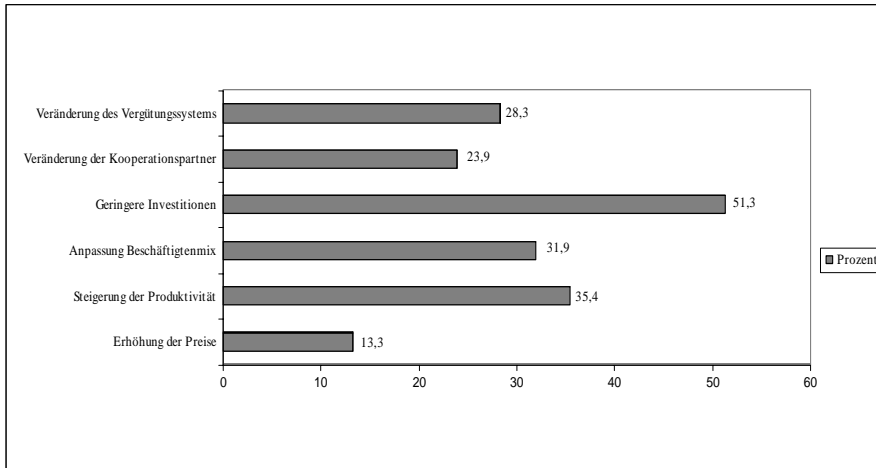
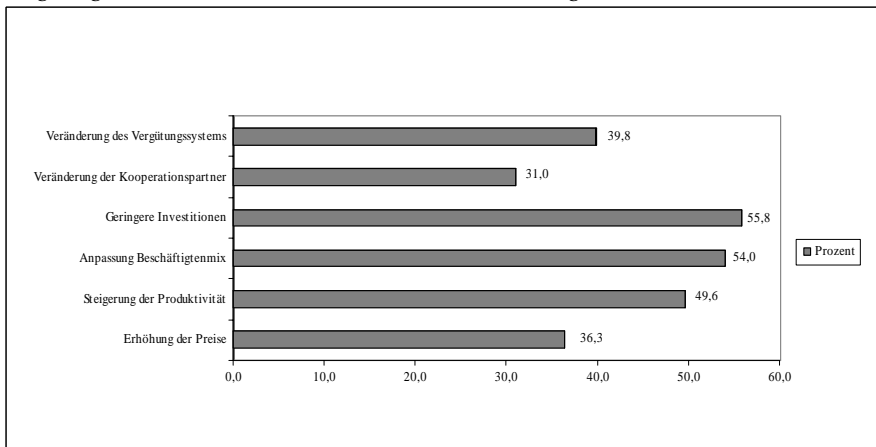
Unmittelbare Reaktionen der Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns

Abbildung 8

Langfristige Reaktionen der Unternehmen auf die Einführung des Mindestlohns

Nach der langfristig zu erwartenden Veränderung des Beschäftigtenmix gefragt (Tabelle 12), berichten die Unternehmen neben der generellen Tendenz zum Stellenabbau von einer Reduktion, die insbesondere die Vollzeitstellen und in geringerem Maße die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten betrifft.

Tabelle 12

Voraussichtliche Veränderung der Beschäftigungsstruktur aufgrund der Einführung des Mindestlohns

| | | Vollzeit | Teilzeit | Geringfügig |
|--------------------------------|--------------|-----------------|-----------------|--------------------|
| Zunahme | (in Prozent) | 10,5 | 26,2 | 24,1 |
| Abnahme | (in Prozent) | 59,6 | 42,6 | 48,1 |
| Keine Änderung | (in Prozent) | 29,9 | 14,8 | 27,8 |
| Antwortende Unternehmen | | 61 | 61 | 61 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Abschließend wurden die Unternehmen gefragt, ob sich durch den Mindestlohn unmittelbar ihr Personalbestand verändert hat, und darüber hinaus mit welcher langfristigen Anpassung des Personalbestands sie rechnen. Seit Einführung der Neuregelung haben 4 Prozent der befragten Unternehmen neue Stellen geschaffen (Tabelle 13 sowie Abbildungen 9 und 10), während 30 Prozent bereits Stellen abgebaut haben. Langfristig rechnen 12 Prozent der befragten Unternehmen damit, dass sie aufgrund der Neuregelung Stellen schaffen werden, während 53 Prozent einen Stellenabbau vorhersagen.

Tabelle 13

Veränderungen im Personalbestand der Unternehmen, unmittelbar und langfristig

| | Kurzfristig | | Langfristig | |
|-----------------------|--------------------|---------|--------------------|---------|
| | Absolut | Prozent | Absolut | Prozent |
| Mehr | 4 | 3,5 | 13 | 12,0 |
| Genau so viele | 75 | 66,4 | 38 | 35,2 |
| Weniger | 34 | 30,1 | 57 | 52,8 |
| Gesamt | 113 | | 108 | |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

Abbildung 9

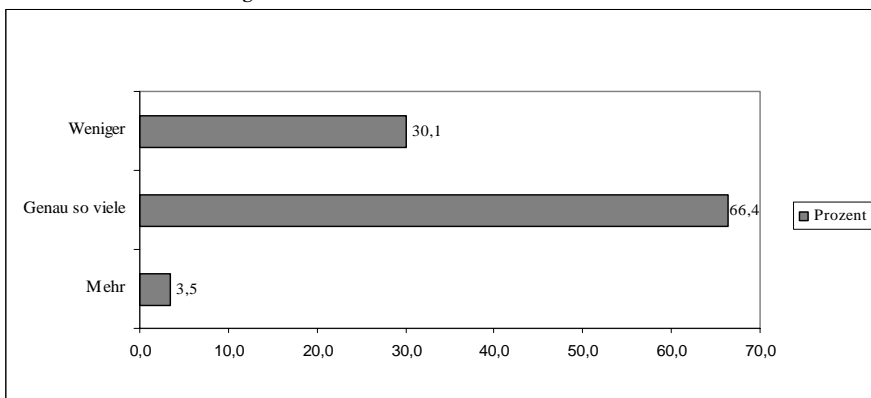
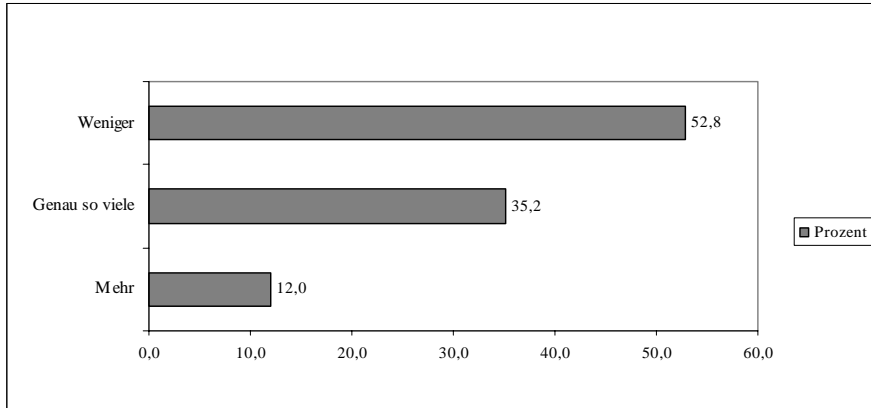
Unmittelbare Veränderungen im Personalbestand der Unternehmen

Abbildung 10

Langfristige Veränderungen im Personalbestand der Unternehmen

Die Unternehmen, die von Stellenabbau oder –schaffung berichten, wurden um eine Quantifizierung dieser Veränderung gebeten (Tabelle 14). Während seit 1. Januar in 4 Unternehmen 14 Stellen geschaffen wurden, das sind im Durchschnitt 3,5 pro betroffenem Betrieb, wurden gleichzeitig in 34 Betrieben 755 Stellen abgebaut, d.h. 22,2 pro betroffenem Betrieb. Langfristig planen jene 13 Betriebe, die Stellen schaffen wollen, mit 94 neu Beschäftigten, was einem Durchschnitt von 7,2 Stellen pro betroffenem Unternehmen entspricht. In jenen 38 Betrieben, die Stellen abbauen wollen, belaufen sich diese auf insgesamt 1771 Stellen, d.h. durchschnittlich 46,6 pro betroffenem Betrieb.

Tabelle 14

Stellenschaffung und –abbau durch die Einführung des Mindestlohns, unmittelbar und langfristig

| | Kurzfristig Absolut | Langfristig Absolut |
|-------------------------|------------------------|------------------------|
| Stellenschaffung | 14 | 94 |
| Antwortende Unternehmen | 4 | 10 |
| Stellenabbau | 755 | 1771 |
| Antwortende Unternehmen | 34 | 47 |

Quelle: forsa Erhebung Nr. 8345

4. Einschätzung der Ergebnisse

Die vorliegende Studie stellt die Ergebnisse einer Befragung unter Unternehmen der Branche Briefdienstleistungen dar. Ziel der Studie ist die Ermittlung sowohl der bereits eingetretenen als auch der langfristigen Auswirkungen der Einführung eines Mindestlohns in dieser Branche zum 01. Januar 2008.

Vor dem Hintergrund einer tendenziell positiven Entwicklung der Beschäftigung in diesem Bereich über die vergangenen 12 Monate zeichnen die Unternehmen ein relativ ausgewogenes Bild ihrer wirtschaftlichen Lage: ein Drittel der Unternehmen spricht von einer aktuell für sie schlechten wirtschaftlichen Lage, knapp ein Viertel sieht sich in einer guten Situation. Konkret zur Entwicklung seit der Einführung des Mindestlohns befragt, sagen allerdings insgesamt zwei Drittel der befragten Betriebe, dass sich ihre wirtschaftliche Lage kausal durch die Neuregelung verschlechtert hat und auch langfristig verschlechtern wird. Mehr als ein Drittel berichtet von einer sehr deutlichen Verschlechterung. Auch ihre Kooperationspartner in der Branche Briefdienstleistungen sehen die Unternehmen sehr stark betroffen.

Neben dieser Einschätzung erscheint die Quantifizierung sowohl des bereits eingetretenen als auch des vorhergesagten Abbaus an Beschäftigung in diesem Bereich substanziell. Nach Angaben der befragten Betriebe wurden seit Einführung des Mindestlohns bereits 755 Stellen abgebaut. Bezogen auf die aktuelle Gesamtbeschäftigung in den Unternehmen sind dies 5 Prozent. Langfristig sagen die Unternehmen einen Stellenabbau von 1771 Stellen voraus, was 11,6 Prozent der aktuellen Gesamtbeschäftigung entspräche.

Der Beschäftigungsabbau ist vermutlich ein wesentlicher Teil der Veränderung des Beschäftigtenmix, mit dem die Unternehmen nach eigenen Angaben auf den Mindestlohn bereits reagiert haben bzw. noch reagieren werden. Die Vollzeitkräfte in den befragten Betrieben wären davon überproportional stark betroffen – dies in einer Branche, in der ohnehin bereits Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung einen Großteil der Beschäftigung stellen. Die Tatsache, dass die Betriebe vor allem mit einer derartigen Veränderung des Beschäftigtenmix sowie einer Reduzierung der Investitionen reagieren werden, könnte damit zusammenhängen, dass die durch den Mindestlohn erhöhten Personalkosten kaum über Preiserhöhungen an den Kunden weitergegeben werden können. Dies würde eine bisher stark wettbewerbsfähig geprägte Struktur in dieser Branche belegen.

Auch wenn man in Betracht zieht, dass den befragten Unternehmen angesichts der Tatsache, dass sie zu über 80 Prozent die Einführung dieses Mindestlohns abgelehnt haben, eine Tendenz zur negativen Überzeichnung ihrer wirtschaftlichen Lage unterstellt werden könnte, zeichnet sich anhand

der Befragung ein relativ kohärentes Bild der negativen Auswirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigung in dieser Branche. Unter der Annahme, dass die befragten Betriebe korrekte Angaben zu ihrer Personalentwicklung gemacht haben, zeigt sich eine zunächst tendenziell positive Entwicklung der Branche in den vergangenen 12 Monaten, die unmittelbar durch die Neuregelung substanzielle Einbußen in der Beschäftigung verzeichnet, welche sich langfristig noch weiter verstärken könnten.